

Ulrich Cremer

---

## Nach dem 11. September: NATO putzmunter oder am Ende?

Nach dem Ende des Kalten Krieges sah es so aus, als würden für die NATO die Totenglocken läuten. Eine tiefe Sinnkrise des Bündnisses wurde festgestellt – gleichwohl verabschiedete die NATO bereits 1991, also noch im gleichen Jahr, in dem sich der Warschauer Pakt als östlicher Gegenpart aufgelöst hatte, ein strategisches Konzept, das sie fit für die neue Epoche machte. Die Neue NATO war geboren. Sie ist auf konkrete Kriegsführung angelegt und hat den Sinn und die Fähigkeit, Militärinterventionen (also Kriege) in aller Welt durchführen zu können, sofern die Sicherheitsinteressen der ihr angehörenden Länder als „bedroht“ angesehen werden.

Aber die Umpositionierung in die Neue NATO konnte ihre Existenz anscheinend nur für die nächsten zehn Jahre rechtfertigen. Nach den Terroranschlägen des 11. September wird die Frage, ob der Militärpakt eine Zukunft hat, erneut aufgeworfen – und das nicht nur von denen, die ihn schon länger auflösen wollen. Bei einem Treffen der NATO-Botschafter und einem exklusiven Kreis westlicher Militärexperten am 17. und 18. Januar 2002 in Brüssel machten die US-Politiker unmissverständlich klar: Wenn die Allianz sich „nicht radikal reformiert, um den neuen Bedrohungen und Herausforderungen zu begegnen, wird sie irrelevant und verliert die amerikanische Unterstützung“. Die USA prüften derzeit „die Relevanz des Bündnisses“ und forderten vor allem zweierlei: die vorbehaltlose Unterstützung „im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen Massenvernichtungsmittel“. Ist die „neue Bedrohung für die NATO“ demnach US-Verteidigungsminister Rumsfeld? (*Hamburger Abendblatt* 2.3.02). Sind die Tage der NATO also gezählt? Während manche einen „Bedeutungsverlust der NATO“ (Haftendorn 2002: 50) konstatieren, proklamieren andere angesichts der Entwicklung seit dem 11.9.: „Die Allianz lebt!“ und verweisen darauf, dass im Februar 2001 „während der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik... die amerikanischen Vertreter ein klares Bekenntnis zur NATO und ihrer überragenden Bedeutung abgelegt“ (Voigt 2002: 117) haben.

Um die NATO und ihre Perspektiven 2002 angemessen beurteilen zu können, ist eine Bestandsaufnahme der Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges erforderlich.

## 1. Das Strategische Konzept der Neuen NATO

Nicht erst 1999, als die NATO ihren ersten Angriffskrieg, gegen Jugoslawien, führte und zum 50. Geburtstag in Washington das derzeit gültige Strategische Konzept verabschiedete, stellte man sich auf die Zeit nach dem Kalten Krieg ein. Bereits 1991 bestätigte das Bündnis in seinem Strategischen Konzept von Rom seine anhaltende Existenzberechtigung und definierte das sicherheitspolitische Umfeld neu.

### 1.1. Die neuen „Risiken“

An die Stelle der „Hauptbedrohung der Vergangenheit“ traten Risiken, die „ihrer Natur nach vielgestaltig“ wären und „aus vielen Richtungen“ kämen, „was dazu führt, dass sie schwer vorherzusagen sind“ (Rom, Ziffer 9). Derartige Risiken ergaben sich „weniger aus der Wahrscheinlichkeit eines kalkulierten Angriffs auf das Hoheitsgebiet der Bündnispartner“, als vielmehr aus „Instabilitäten“, „der Verbreitung von ... Massenvernichtungswaffen und ballistischer Flugkörper“, dem Vorhandensein großer Militärarsenale, die (wieder) gegen die NATO gerichtet werden könnten oder aber „der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten“ (Rom, Ziffer 10-13). Auch der Terrorismus war also bereits 1991 ein Thema - zehn Jahre vor den Anschlägen vom 11.9.2001! Regional verortete die NATO 1991 die Risiken in Mittel- und Osteuropa, dem GUS-Raum sowie am südlichen Mittelmeer und im Nahen Osten, betonte aber zugleich: „Die Sicherheit des Bündnisses muss jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen.“ (Rom, Ziffer 13 und wortgleich Washington, Ziffer 24). Schon 1991 war also die *Out-of-area*-Ausrichtung der NATO und damit die Umorientierung auf Offensivaufgaben beschlossen worden.

Während sich zur Zeit der Kalten Kriege nur der Warschauer Pakt von der NATO bedroht sehen konnte, ist es jetzt möglich, dass alle Länder, die von der NATO als „Risikofaktor“ eingestuft werden, ins Fadenkreuz geraten. Der Jugoslawien-Krieg stellte dafür einen ersten Anwendungsfall dar. Die heute gängigen Namen für solche Länder sind „Schurkenstaaten“ oder „Achse des Bösen“.

Im Rahmen der „Risikovorsorge“ definierte die NATO bereits 1991 als grundlegende Sicherheitsaufgaben (Rom, Ziffer 21):

1. Sicherheit, also das Gewährleisten einer kriegs- und bedrohungsfreien Zone als Fundament „für ein stabiles ... Sicherheitsumfeld“ (Rom, Ziffer 21) der NATO-Staaten.
2. Konsultation „über alle Fragen“, die die „vitalen Interessen“ der NATO-Staaten berühren.
3. Abschreckung und Verteidigung.

Die vierte Aufgabe von Rom, die Bewahrung des strategischen Gleichgewichts, wurde fallengelassen und durch „Krisenbewältigung“ und „Partnerschaft“ ersetzt. Hintergrund ist freilich, dass in Europa keine Militärblöcke

mehr bestehen, zwischen denen ein Gleichgewicht hergestellt werden müsste bzw. könnte. Der Terminus „Krisenbewältigung“ beschreibt die offensive militärische Ausrichtung, zu der die NATO sich nun offen bekennt. In diesem Zusammenhang wurde in der Schlussbemerkung ein wichtiger Satz des Dokuments von 1991 eliminiert: „Dieses Strategische Konzept bekräftigt erneut den defensiven Charakter des Bündnisses...“ (Rom, Ziffer 58).

### *1.2. Euroatlantischer Raum als zukünftiges Einsatzgebiet der NATO*

Das strategische Konzept von 1999 präzisiert das mögliche Einsatzgebiet der NATO. Allerdings ist die Formulierung „euroatlantischer Raum“ nicht eindeutig und für Interpretationen offen. Die ehemalige US-Außenministerin Albright verortete z.B. die zukünftige NATO geographisch als „eine Kraft des Friedens vom Mittleren Osten bis nach Zentralafrika“ (Royal United Services Institute Newsbrief Vol. 18:4, April 1998: 26). Dieses Gebiet enthält wichtige aktuelle und potentielle Ölfördergebiete wie das Kaspische Meer, den Nahen Osten und Somalia. Auch Afghanistan liegt in diesem euroatlantischen Raum. Dass einige EU-Länder eine globale Zuständigkeit der NATO damals nicht festschreiben wollten, war übrigens eine rein taktische Position, da die ebenfalls 1999 geplante EU-Eingreiftruppe durchaus global tätig werden soll. Auch für die USA ist die Beschränkung kein wirkliches Problem, da sie in den anderen Teilen der Welt auf sonstige regionale Militärallianzen (z.B. mit Japan) zurückgreifen können.

### *1.3. Neues Verhältnis zu UNO und Völkerrecht*

Grundsätzlich versteht sich die NATO als zentrale Organisation im sogenannten Geflecht ineinandergreifender Organisationen: Während sie ihr Sicherheitsumfeld, den euro-atlantischen Raum, „gestaltet“ (Washington, Ziffer 12), leisten die nachgeordneten Organisationen VN, OSZE, EU und WEU „ausgeprägte Beiträge“ (Washington, Ziffer 14-17).

Im strategischen Konzept von Washington wird positiv auf die „späteren Beschlüsse in bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan“ hingewiesen. Der folgenreichste solche Beschluss, der Grundlage für den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien war, erfolgte ohne Abstützung auf ein UN-Mandat. Die NATO mandatierte sich selbst. Dieses Vorgehen wird verallgemeinert, also als Prinzip verankert. Damit wird das Gewaltmonopol der UNO nicht länger anerkannt, so dass die Grundlage für weitere NATO-Kriege nach dem Vorbild des Jugoslawien-Krieges gelegt ist. Insofern fällt die neue NATO-Strategie hinter die zivilisatorisch-rechtlichen Errungenschaften der internationalen Staatengemeinschaft zurück und markiert die Rückkehr zum Faustrecht.

Für den gegenwärtigen Afghanistan-Krieg, der zwar von den USA organisatorisch geführt, aber von allen NATO-Staaten unterstützt wird, gibt es entgegen

gängigen Behauptungen ebenfalls kein UN-Mandat. Am 12.9. hat der UN-Sicherheitsrat die Staaten aufgefordert, die Täter zu verfolgen, auszuliefern usw. sowie gleichzeitig das Recht auf Selbstverteidigung anerkannt. Dieses gilt jedoch laut UN-Charta nur solange „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.“ Wäre der Sicherheitsrat untätig geblieben, läge die Selbstverteidigung in der Hand des angegriffenen Staates, also der USA. Das Recht auf Selbstverteidigung ist jedoch „erloschen“, weil der Sicherheitsrat am 26.9. einen ausführlichen Beschluss gefasst und darin die entsprechenden Maßnahmen ergriffen hat (Stuby 2001: 1330ff). Von der Ermächtigung zu Militärschlägen ist in diesem zweiten UN-Sicherheitsratsbeschluss nicht die Rede. Bei der Aushöhlung des Völkerrechts handelt es sich jedoch um keine exklusiv von den USA vertretene Auffassung. Die EU-Staaten äußern sich darüber zwar nicht so häufig, sind aber ebenfalls bereit, ohne UN-Mandat zu agieren. Dies gilt insbesondere für Italien und Deutschland als nicht im UN-Sicherheitsrat vertretene Mittelmächte (vgl. Cremer 2000: 25ff).

#### **1.4. Atomwaffen im neuen Strategischen Konzept**

Hinsichtlich der Atomwaffen hält die NATO an der Drohung mit dem Ersteinsatz fest:

„Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen, indem sie dafür sorgen, dass ein Angreifer im Ungewissen darüber bleibt, wie die Bündnispartner auf einen militärischen Angriff reagieren würden.“ (Washington Ziffer 62, wortgleich: Rom Ziffer 55).

Die USA und neuerdings auch Großbritannien drohen inzwischen nicht nur anderen Nuklearmächten, sondern auch Nicht-Nuklearmächten wie dem Irak atomare Erstschläge an und behalten sich quasi ein Recht auf Atomaggression vor („Zum Atomkrieg bereit“, *taz* 26.3.2002). Deswegen ist an eine Beseitigung der NATO-Atomwaffen, also atomare Abrüstung, nicht gedacht. Damit steht die NATO-Strategie im Widerspruch zum Atomwaffensperrvertrag, der in Artikel VI eine Verpflichtung aller Vertragsparteien vorsieht, „Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens... und zur nuklearen Abrüstung“. Dass bereits die Drohung mit Atomwaffen in einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) für völkerrechtswidrig erklärt wurde, interessiert die NATO herzlich wenig.

Während die eigenen Atomwaffen für die NATO wichtige militärische Funktionen erfüllen, wird es als Sicherheitsrisiko angesehen, wenn sich andere Staaten Atomwaffen samt Trägermitteln beschaffen. Mit der Bibel könnte man fragen: „Was siehst Du aber den Splitter in Deines Bruders Auge und nimmst nicht wahr den Balken in Deinem Auge?“ (Matthäus 7,3)

Da sich innerhalb der NATO die Bibelfestigkeit offenbar in Grenzen hält, werden als Gegenmittel „Arbeiten an einer Flugkörperabwehr“ (Washington

Ziffer 56) ausdrücklich gewürdigt. Ziel der NATO bei ihren Anti-Proliferations-Bestrebungen ist es, „die Schwachstellen der NATO-Streitkräfte im Einsatz weiter zu reduzieren und gleichzeitig ihre Flexibilität und Wirksamkeit trotz der Präsenz von ABC-Waffen, der von ihnen ausgehenden Bedrohung oder ihres Einsatzes aufrechtzuerhalten“, d.h. eigene Kriegshandlungen trotz vorhandener Massenvernichtungswaffen zu ermöglichen und Krieg im Atomzeitalter führbar zu machen.

### *1.5. Neue Aufgaben – neue Mittel*

Nach eigenem Verständnis ist die NATO „der konkrete Ausdruck wirksamen kollektiven Bemühens seiner Mitglieder um Förderung ihrer gemeinsamen Interessen“ (Washington Ziffer 7). Um diese weltweit wahren zu können, bedarf es vor dem Hintergrund der neuen „Risikoanalyse“ (vergl. 1.1) natürlich anderer militärischer Mittel als während des Kalten Krieges. Deswegen wurde schon im strategischen Konzept von 1991 auf den Aufbau von „Sofort- und Schnellreaktionsverbänden“ (später: „Krisenreaktionskräfte“) orientiert, die in der Lage sein müssten, „auf ein breites Spektrum von vielfach unvorhersehbaren Eventualfällen zu reagieren“ (Rom Ziffer 48). Derartige schnelle Eingreiftruppen hatten bis dahin nur die USA und in bescheidenem Umfang Frankreich aufgebaut. Diese militärischen Offensivverbände sollten alle Teilstreitkräfte (Land, See, Luft) umfassen. Als Kernproblem wurden, insbesondere auf europäischer Seite, fehlende Transportkapazitäten identifiziert.

Aber nicht nur neue Waffen sind für die NATO-Interventionseinsätze notwendig, die militärische Organisation muss sich gleichfalls ändern. Die technologisch zunehmend ausgefilterten „intelligenten“ Waffen benötigen auch intelligentes, gut ausgebildetes Bedienungspersonal. Hierbei sind Wehrpflichtige immer weniger zu gebrauchen. Entsprechend haben die Massenheere und Wehrpflichtarmeen ausgedient. In Deutschland wird die Wehrpflicht aufgrund ideologischer Vorbehalte der politischen Elite noch aufrechterhalten, aber faktisch ist auch aus der Bundeswehr schon eine Pseudo-Wehrpflichtarmee geworden, da Berufs- und Zeitsoldaten sowie die freiwillig längerdienenden Wehrpflichtigen dominieren und für die Auslandseinsätze herangezogen werden.

### *1.6. Neue NATO-Militärdoktrin*

Die „NATO-Doktrin für Friedensunterstützungs-Operationen“ wurde im Juni 1996 in Berlin als Dokument MC 400/1 verabschiedet. Grundidee der NATO ist die gezielte Vermischung von friedensbewahrenden, friedensersetzenden und friedensaufbauenden Aufgaben, zusammengefasst als „Friedensunterstützung“:

„The term ‘peace support operations’ is agreed by the Military Committee to describe this wider range of activities which includes conflict prevention, peacemaking, peacekeeping, humanitarian aid, peace enforcement and peace-building.“ (NATO Doctrine for Peace Support Operations, 28 February 1994, S.3; darin wird Bezug genommen auf das zugrundeliegende nicht öffentliche NATO-Dokument MC 327 *NATO Military Planning for Peace Support Operations*).

Entsprechend müssen die NATO-Soldaten für Aufgaben im Rahmen der Friedensunterstützung ausgebildet sein. Dabei werden neun Prinzipien zugrundegelegt:

1. Gegenseitige Achtung zwischen den beteiligten Konfliktparteien und der Friedensunterstützungsorganisation (z.B. der NATO).
2. Unparteilichkeit der Friedensunterstützungstruppe, um das Vertrauen aller Konfliktparteien zu erhalten.
3. Glaubwürdigkeit der Friedensunterstützungsoperation in dem Sinne, dass genügend militärische Mittel bzw. Truppen eingesetzt werden, um die gesetzten Ziele zu realisieren.
4. Begrenzte Gewaltanwendung: Vorrangig werden nicht-militärische Methoden angewandt. Die Gewaltanwendung muss gerechtfertigt sein und sorgfältig kontrolliert werden, da unnötige Gewaltanwendung die Mission gefährdet. Entsprechend gilt die Ausrüstung mit gepanzerten Fahrzeugen und schweren Waffen als adäquat. (Hintertür: Allerdings könnte manchmal doch eine starke Kraft für die Sicherheit des eingesetzten Personals und für den Erfolg der Mission erforderlich sein.)
5. Transparenz der Operationen: Die beteiligten Konfliktparteien müssen über Ziele und Konzept der Operation Kenntnis haben. (Hintertür: ... aber nicht auf Kosten der Sicherheit der eingesetzten Truppe.)
6. Einheit des Kommandos: Der Truppenkommandeur muss verantwortlich für alle Aspekte der Mission sein, d.h. er muss nicht nur das Oberkommando über alle operierenden militärischen Verbände haben, sondern ihm müssen auch Polizei oder andere zivile Stellen untergeordnet sein.
7. Militärisch-zivile Koordination: Friedensunterstützungsoperationen bestehen üblicherweise aus militärischen und zivilen Komponenten. Aktivitäten der UN Polizei, von Wahlbeobachtern, Menschenrechtsbeobachtern oder humanitären Hilfsorganisationen müssen auf die militärischen Operationen abgestimmt sein.
8. Bewegungsfreiheit für die Friedensunterstützungstruppen.
9. Flexibilität: Bei Friedensunterstützungsoperationen eingesetzte Truppen sollten darauf vorbereitet sein, wenn nötig von einer Aufgabe zur nächsten zu wechseln, z.B. von Friedenserhaltung zu Friedenserzwingung.

Will die NATO also in Zukunft eine harmlose friedensbewahrende Operation in eine friedenserzwingende verwandeln, braucht sie nicht einmal mehr das Personal auszuwechseln. Während die ersten Prinzipien noch stark nach guten alten Blauhelmoperationen klingen, wird spätestens mit dem Flexibilitätsprinzip der klassische Blauhelmansatz konterkariert, weil darüber gerade die Prinzipien Transparenz, Unparteilichkeit, gegenseitige Achtung und begrenzte Gewaltanwendung aufgegeben werden. Offensichtlich haben die beiden alten NATO-Kameraden „Abschreckung“ und „flexible Reaktion“ bei der Entwicklung des Friedensunterstützungskonzepts Pate gestanden: Dadurch dass die Konfliktparteien nicht wissen, welchen Eskalationsschritt die flexibel (re-)agierende und militärisch angemessen ausgestattete NATO-Friedensunterstützungstruppe als nächsten geht, werden sie in dieser Logik abgeschreckt, die NATO-Mission zu sabotieren.

Durch die neue NATO-Doktrin ist die vielfach vertretene Forderung nach Abgrenzung klassischer Blauhelmoperationen („friedensbewahrend“ nach Kapitel VI der UN-Charta) von Kampfeinsätzen („friedenserzwingend“ nach Kapitel VII) seit mehreren Jahren kaum mehr zu erfüllen. Denn der NATO kommt als weltstärkstem und einflussreichem Militärpakt eine gewisse Definitionsmacht zu. Im Ergebnis ist die skizzierte Friedensunterstützungsdoktrin allgemeiner Standard geworden, und UN-Mandate werden nur noch auf Grundlage von Kapitel VII der UN-Charta erteilt. Auch der nach dem Dayton-Abkommen 1995 begonnene NATO-Einsatz in Bosnien-Herzegowina stützt sich auf ein friedenserzwingendes UN-Mandat nach Kapitel VII, selbst wenn er manchen als „friedensbewahrender“ Einsatz erscheinen mag.

Zwar hat die UNO die Begrifflichkeit „Friedensunterstützung“ bisher nicht übernommen, aber ihre Mandate sollen gemäß gewichtiger Reformvorschläge „robuste Einsatzregeln enthalten“ (Brahimi-Report 2000), und im Jahr 2000 wurde vom UN-Sicherheitsrat anerkannt, „wie entscheidend wichtig es ist, dass Friedenssicherungseinsätze im Rahmen ihres Mandats gegebenenfalls über eine glaubwürdige Abschreckungsfähigkeit verfügen“ (Resolution des UN-Sicherheitsrates 1327 (2000)). Damit ist das traditionell neutrale Grundverständnis der friedensbewahrenden Blauhelmeinsätze suspendiert.

## 2. Das Verhältnis EU – USA

In der NATO sind seit 1949 nordamerikanische und europäische Staaten zusammengeschlossen. Solange mit dem Warschauer Pakt ein klares Feindbild bestand, erreichten die gelegentlichen internen Konflikte zwischen den USA und Westeuropa nie eine existenzbedrohende Dimension.

Nach dem Jugoslawien-Krieg fasste die EU 1999 dann ernsthafte Beschlüsse, eigenständige Krisenreaktionskräfte, also eine autonome Angriffsarmee, aufzubauen. Darüber war Washington „not amused“. Zwar gilt europäische Aufrüstung an sich als höchst willkommen, aber nur solange die US-Führungsrolle und US-Kontrolle akzeptiert wird, so wie es aus US-Sicht bei der „Initiative zur Verteidigungsfähigkeit“ (DCI = Defensive Capabilities Initiative), die die NATO in Washington 1999 verabredete, gedacht war. Die Bezeichnung ist natürlich irreführend, da es um Angriffsfähigkeit geht, denn nichts anderes verbirgt sich hinter der Formulierung, dass die Initiative darauf ziele, „die Effektivität zukünftiger multinationaler Operationen über das ganze Spektrum der Allianzaufgaben im gegenwärtigen und absehbaren Sicherheitsumfeld ... sicherzustellen.“ Entsprechend legte die „Initiative zur Verteidigungsfähigkeit“ (DCI) einen besonderen „Schwerpunkt“ auf „die Verbesserung der Interoperabilität zwischen Kräften des Bündnisses“ (und, wo angezeigt, auch zwischen Kräften der Allianz und Partnern) und umfasst „Verbesserungen der Dislozierbarkeit und Mobilität von Streitkräften der Allianz, ihrer Durchhaltefä-

higkeit sowie ihrer Logistik, ihrer Überlebensfähigkeit und ihrer Einsatzwirksamkeit sowie ihrer Führungs- und Informationssysteme“ (Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs auf dem NATO-Gipfeltreffen am 24.4.1999 in Washington, Ziffer 11). Die Europäer sollen also durchaus ihre Lufttransportkapazitäten ausbauen, um ihre Krisenreaktionskräfte schnell verlegen zu können.

Dreh- und Angelpunkt ist für die USA dabei die gemeinsame Militärorganisation NATO. Dort sollten die europäischen Großmächte zusammen mit den USA „in der ersten Reihe stehen, um die allen gemeinsamen vitalen außenpolitischen Interessen zu befördern und zu verteidigen“. Nach Robert Blackwill (heute US-Botschafter in Indien, Anfang der 90er Jahre Sonderbotschafter in der Regierung Bush Senior) wären das u.a.:

„die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen einzudämmen; die Entstehung einer feindlichen Hegemonialmacht in Eurasien zu verhindern; die globalen Handels- und Finanzsysteme weiter zu öffnen; ... die Versorgung mit Energie zu vernünftigen Preisen sicherstellen, letztlich Stärke, Vitalität und den Zusammenhalt des Atlantischen Bündnisses sicherzustellen.“ (Blackwill 1999)

Schließlich ist aus Sicht der USA nur über die NATO eine stabile US-Hegemonie über Europa zu gewährleisten. Das war im Kalten Krieg so und hat sich auch in den Jahren danach nicht geändert. Allerdings musste die NATO ihre Existenz neu rechtfertigen: „Out of area or out of business“ lautete die Alternative.

„Um die Hegemonie in Europa zu erringen, mussten die USA der NATO entsprechende Einsätze verschaffen; so könnten sie ihre führende Rolle aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit unter Beweis stellen. Nur wenn die Westeuropäer von den USA abhängig wären, so wie sie von den strategischen Waffen in der Zeit des Kalten Krieges abhängig waren, wäre die militärische und politische Führungsrolle der USA in der NATO garantiert. Je größer und umfassender *Out of area*-Einsätze ausgelegt sind, umso sicherer wäre die militärische und dementsprechend politische Dominanz der USA in der NATO.“ (Gowan 2000: 50)

In dieser Logik muss die NATO natürlich das Entscheidungsmonopol über die Einsätze bzw. Einsatzkräfte haben. Auch daraus erklärt sich das US-amerikanische Drängen auf von der NATO selbst mandatierte Militäreinsätze. Eine Restriktion durch den UN-Sicherheitsrat wird nicht hingenommen, und zwar nicht nur wegen des Veto-Rechts Russlands oder Chinas, sondern auch wegen desjenigen Frankreichs. Die eigentliche Auseinandersetzung dreht sich um die Frage, welche Macht bzw. Koalition die Führungsrolle in Europa einnimmt: die EU oder die USA. Vor diesem Hintergrund wurde die neue NATO-Rolle mit dem Jugoslawien-Krieg geprobt - hätte sich dieser Anwendungsfall nicht angeboten, wäre vermutlich ein NATO-Krieg gegen einen beliebigen anderen „Schurkenstaat“ organisiert worden.

Allerdings sind die EU-Planungen nicht so schnell vorangekommen wie gedacht. Die zwei Kernfähigkeiten zum Führen eines modernen Angriffskrieges (Lufttransportkapazitäten und moderne Militärsatelliten) sind weiterhin nicht realisiert. Nachdem die europäischen NATO-Staaten jahrelang über das Projekt eines modernen Transportflugzeuges diskutiert hatten, entschieden sich



Großbritannien, Frankreich und Deutschland schließlich im Juni 2000 mit Blick auf die eigene industrielle und technologische „Verteidigungsbasis“ für den Airbus A400M. Die ersten Modelle werden voraussichtlich 2008 ausgeliefert, aber auch mit den EU-Militärsatelliten wird es noch ein paar Jahre dauern. Faktisch bleiben die EU-Staaten deswegen weiter auf US-Kapazitäten und damit bei Kriegen auf die Zustimmung aus Washington angewiesen. In den nächsten Jahren wird die EU nicht in der Lage sein, autonom Kriege zu führen.

### 3. Organisatorische Veränderungen der NATO in den 90ern

#### 3.1. Kurzer Frühling der KSZE 1990

1990 wollten Polen, die damalige CSFR und Ungarn nicht nur die Warschauer Vertragsorganisation (WVO), sondern auch den anderen Militärblock, die NATO, auflösen. Dem heutigen tschechischen Präsidenten Vaclav Havel schwebte im April 1990 „eine Art Auflösungsagentur für die Paktsysteme“ vor. Eingerichtet werden sollte eine „Sicherheitskommission mit Sitz in Prag“, bestehend aus allen KSZE-Mitgliedsstaaten (*taz* 10.4.90). Unterstützt wurde diese Idee von der Sowjetunion und Frankreich. Damit verbunden war eine KSZE-Euphorie, bei der die Idee der gemeinsamen Sicherheit und einer neuen Europäischen Friedensordnung triumphierte.

Spielverderber waren jedoch die NATO-Staaten, die an ihrem Militärpakt eisen festhielten. Sie erteilten dem Konzept gemeinsamer Sicherheit eine Absage und zogen es vor, wie bisher Sicherheit auf Kosten anderer zu schaffen. Sie verhinderten eine Stärkung der KSZE und begannen, dieser mit Gegenründungen das Wasser abzugraben.

Polen, die CSFR, Ungarn und die anderen Länder begriffen, dass gemeinsame Sicherheit, ein kollektives Sicherheitssystem nicht zu haben war. Also machten sie sich schleunigst die NATO-Sichtweise, Sicherheit vor anderen, also auf Kosten anderer zu schaffen (= kollektives Verteidigungsbündnis), zu eigen und forderten die Aufnahme in die NATO, das Zentrum des „Geflechts der ineinandergreifenden Institutionen“: Im April 1991, nach nur zwölf Monaten, war die Havelsche „Sicherheitskommission“ beerdigt, und die Regierung der CSFR richtete eine sicherheitspolitische Konferenz in Prag aus, die symbolträchtig von Außenminister Dienstbier und NATO-Chef Wörner geleitet wurde. Einen Monat vorher hatte Havel die NATO besucht und vorsichtig den Wunsch nach NATO-Mitgliedschaft geäußert.

#### 3.2 Die NATO-Vorfeldorganisationen

Die NATO-Gegenorganisation zur damaligen KSZE hieß NATO-Kooperationsrat und wurde im Dezember 1991 eingerichtet. Mitglieder waren zuerst neben den NATO-Staaten alle Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes bzw. später deren Nachfolgestaaten sowie Albanien. Aufgabenfelder waren neben

abrüstungspolitischen Fragen (Rüstungskontrolle, Konversion etc.), mit denen sich die KSZE parallel beschäftigte, auch „Verteidigungsplanung“. Der im Dezember 1994 verabschiedete Arbeitsplan sah die „Erarbeitung einer gemeinsamen technischen Grundlage für die friedenserhaltenden Maßnahmen... einschließlich kritischer Interoperabilitätsfragen“ vor, herunterdekliniert auf „materielle und technische Aspekte der Standardisierung“, „Verfahren und in Dienst gestelltes Gerät auf den Gebieten Friedenswahrung“, „Wehrmedizin“, „logistische Aspekte bei der Friedensbewahrung“, „Krisenmanagement“ und „Koordination von militärischen PFP-Aktivitäten“.

Die NATO Partnerschaft für den Frieden (PFP) wurde 1994 aus der Taufe gehoben. Mit diesem Programm wurden ausschließlich militärische Ziele und Aufgaben (im Sinne der NATO-*Out-of-area*-Bestrebungen) verbunden:

„c) Aufrechterhaltung der Fähigkeit und Bereitschaft, zu Einsätzen unter der Autorität der VN und/oder Verantwortung der KSZE beizutragen, vorbehaltlich verfassungsrechtlicher Erwägungen;

d) Entwicklung kooperativer militärischer Beziehungen zur NATO mit dem Ziel gemeinsamer Planung, Ausbildung und Übungen, um ihre Fähigkeit für Aufgaben auf den Gebieten Friedenswahrung, Such- und Rettungsdienst, humanitäre Operationen und anderer eventuell noch zu vereinbarenden Aufgaben zu verstärken;

e) auf längere Sicht Entwicklung von Streitkräften, die mit denen der Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Allianz besser gemeinsam operieren können.“ (PFP Dokument 1994: 288)

Auf dieser Grundlage schloss die NATO individuelle Vereinbarungen mit diversen europäischen Staaten ab. Dabei gelang ein weiterer qualitativer Sprung: Die traditionell neutralen Staaten (Finnland, Österreich, Schweden und die Schweiz) konnten endgültig in das NATO-Netzwerk einbezogen werden.

Ein Vorteil der individuellen Vereinbarungen besteht darin, dass alle Länder, die keine prinzipiellen Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit der NATO sehen, ins NATO-Netzwerk eingebunden werden können. Ein weiterer Vorteil ist, dass nicht der langsamste Teilnehmer das Integrationstempo bestimmt. Z. B. kann die Schweiz, die sich aufgrund der eigenen Gesetzeslage nicht einmal mit Blauhelmen, sondern nur mit unbewaffneten Kräften an internationalen Operationen beteiligen darf, nicht als „Bremsen“ bei der Schaffung der militärischen Kompatibilität auftreten. Der Ansatz, sich als trojanisches Pferd in das NATO-Netzwerk zu begeben, um den Betrieb aufzuhalten oder zu stören, ist also von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Ersonnen worden war die PFP-Idee von der US-Regierung. Sie ist auch in dem Kontext zu sehen, dass die NATO-Beitrittswünsche mittel- und osteuropäischer Staaten ab 1993 immer lauter angemeldet wurden. Das Interesse der NATO bestand darin, die eigene Handlungsfähigkeit nicht durch die hastige Aufnahme vieler neuer Staaten aufs Spiel zu setzen. Gleichzeitig sollte aber die Fangemeinde nicht verprellt werden. So erhielt das PFP-Programm eine weitere Funktion. Die Botschaft an die Teilnehmerstaaten war: „Aktive Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden wird eine wichtige Rolle im evo-

lutionären Prozess der NATO-Erweiterung spielen“ (PfP Dokument 1994: 286). Nicht zuletzt sollte die PfP jedoch die militärische Schlagkraft der NATO erhöhen. Der damalige US-Verteidigungsminister Aspin unterstrich 1993 in Anlehnung an ein bekanntes Kennedy-Zitat:

„Partnership for Peace requires that partners make a real contribution. It doesn't ask what NATO can do for its new partners, it asks what the new partners can do for NATO.“ (Solomon 1998: 34)

1997 wurde der NATO-Kooperationsrat in den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) umbenannt. Hinter der Namensänderung stand politisch der Sinn, die politische und militärische Integration des NATO-Netzwerks zu intensivieren. Die Staaten, die der NATO bisher nur bilateral durch einen PfP-Vertrag verbunden waren, wurden auf diese Weise als Mitglied einer NATO-Vorfeldorganisation stärker an diese angebunden.

Um die militärische Zusammenarbeit zu erproben, wurden im Rahmen der PfP in den letzten acht Jahren diverse Manöver durchgeführt. Wesentlich wichtiger waren jedoch die NATO-geführten Militäreinsätze auf dem Balkan (Bosnien, Kosovo), bei denen viele EAPR-Mitglieder mitwirk(t)en: „... three months in IFOR would be worth three years of PFP“ (Solomon 1998: 90).

Insgesamt ist es der NATO in wenigen Jahren gelungen, ein politisches und militärisches Netzwerk im OSZE-Raum zu errichten, das sich durch einen größeren inneren Zusammenhalt als die OSZE selbst auszeichnet. Von der definierten Zielgruppe (alle OSZE-Teilnehmerstaaten) sind inzwischen fast alle Staaten EAPR-Mitglied. Die zunehmende militärische Kompatibilität verschafft der NATO ein riesiges Reservoir von Hilfstruppen, auf die bei Militäreinsätzen aller Art zurückgegriffen werden kann.

Deswegen ist Bendrath zuzustimmen, wenn er resümiert, dass „die 'neue NATO'... zwar neu“ sei, „aber nicht mehr die NATO im Sinne einer geschlossenen Organisation. Die verschiedenen Kooperationsprogramme, Partnerschaftsräte und Kommandoformen haben sie in ein flexibles Netzwerk von insgesamt 44 Staaten des Nordens verwandelt, die alle ihr Militär auf US-Kriegsführung ausrichten“ (Bendrath 1997: 9). Inzwischen ist das Netzwerk sogar auf 46 Mitglieder angewachsen.

### *3.3 Neue Mitglieder für die NATO und das Verhältnis zu Russland*

Vor diesem Hintergrund ist die 1999 vollzogene NATO-Osterweiterung um Polen, Ungarn und die Tschechische Republik militärisch wenig bedeutungsvoll, da die Staaten ja schon zuvor fest in das NATO-Netzwerk eingebunden waren. Die für November 2002 geplante Einladung von bis zu 7 weiteren Ländern, Mitglied in der NATO zu werden, ist ebenfalls politisch wenig aufregend, denn die militärische Integration ist seit Jahren im Gange.

Trotzdem wurde über die erste NATO-Osterweiterung 1997-99 eifrig disku-

tiert. Vielfach wurde eine neue Blockkonfrontation durch einen Entfremdungsprozess mit Russland befürchtet, da man nicht erkannt hatte, dass die Neue NATO nicht gegen den Osten, sondern gegen den Süden gerichtet ist, und dass Russland integraler Bestandteil der neuen militärischen Nordallianz gegen den Süden ist. Russland arbeitet seit Anfang der 90er Jahre in der NATO-Vorfeldorganisation mit. Sogar ihr aktueller Name „Europäisch-atlantischer Partnerschaftsrat“ geht auf einen russischen Vorschlag zurück (Solomon 1998: 107). 1997 präzisierte Russland das freundschaftliche Verhältnis zur NATO in der Grundakte NATO-Russland. Darin wird die feste Absicht betont, „auf der Grundlage gemeinsamen Interesses, der Gegenseitigkeit und der Transparenz eine starke, stabile und dauerhafte Partnerschaft zu entwickeln“ (Grundakte NATO-Rußland 1997: 449). Dabei gehen die NATO und Russland

„von der Voraussetzung aus, daß das gemeinsame Ziel der Stärkung von Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum zum Nutzen aller Staaten eine Antwort auf neue Risiken und Herausforderungen erfordert, wie zum Beispiel aggressiven Nationalismus, die Verbreitung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen, Terrorismus, die systematische Verletzung von Menschenrechten und die Rechte von Personen, die nationalen Minderheiten angehören, sowie ungelöste Gebietsstreitigkeiten, die eine Bedrohung für unser aller Frieden, Wohlstand und Stabilität darstellen.“ (Grundakte: 450)

Damit hat Russland im Grunde die NATO-Bedrohungsanalyse mit den „neuen Risiken“ (Synonym für *Out-of-area* Zuständigkeiten) als Kernbegriff übernommen. Auf dieser Basis wird ein Ständiger Gemeinsamer Rat (NATO-Russland-Rat) eingerichtet, der drei Aufgaben erfüllen soll:

1. Konsultationen über alle sicherheitspolitischen Fragen
2. Darauf basierend gemeinsame Initiativen oder abgestimmtes Vorgehen
3. Gemeinsames Handeln, „darunter die angemessene Teilnahme an der Planung und Vorbereitung gemeinsamer Operationen einschließlich friedenserhaltender Operationen unter der Autorität des VN-Sicherheitsrats oder der Verantwortung der OSZE“ (Grundakte: 451).

„Friedenserhaltend“ hört sich zunächst harmlos an, aber an anderer Stelle heißt es:

„... um sicherzustellen, dass diese Partnerschaft sich in möglichst hohem Maße auf praktische Aktivitäten und direkte Zusammenarbeit stützt, werden die jeweiligen Militärbehörden der NATO und Russlands die Möglichkeit einer Weiterentwicklung eines Konzepts für gemeinsame friedenserhaltende Operationen der NATO und Russlands prüfen. Diese Initiative sollte von der positiven Erfahrung der Zusammenarbeit in Bosnien und Herzegovina ausgehen...“ (Grundakte: 453).

Wir erinnern uns: In Bosnien ist die NATO mit einem Mandat auf der Grundlage von Kapitel VII der UN-Charta, also friedenserzwingend tätig. Offensichtlich ist Russland bereit, die NATO-Militärdoktrin der „Friedensunterstützung“ zu übernehmen. Prinzipiell hat die russische Regierung nichts gegen die neuen Tätigkeitsbereiche der NATO einzuwenden. Nur: „An Friedensmissionen wie in Bosnien wollen wir künftig gleichberechtigt beteiligt

sein“ (Ehemaliger russischer Verteidigungsminister Rodionow in: *Stern* 8/97, S.136). Ein Bereich für Konsultation und Zusammenarbeit zwischen NATO und Russland dürfte also nicht zuletzt in der Zusammenarbeit bei der „Krisenbewältigung“ liegen.

Genau in diese Richtung zielt die EU-Politik, wenn der außenpolitische Koordinator der EU, Solana, eine „strategische Freundschaft“ zwischen Russland und EU (FAZ 30.5.2000) ins Auge fasst. Diese hat eine solide ökonomische Basis, denn bereits heute wickelt Russland etwa 40% seines Handels mit den EU-Ländern ab. Nach der EU-Erweiterung könnte dieser Anteil nach Einschätzung des Präsidenten der europäischen Kommission Prodi „rasch auf 60 Prozent steigen“ (FAZ 30.5.2000). Auch die westlichen Direktinvestitionen in Russland liegen mit inzwischen 31 Mrd. US-\$ (Stand 2000) auf hohem Niveau ([www.spiegel.de/almanach/laender/Russland](http://www.spiegel.de/almanach/laender/Russland)).

Umgekehrt engagieren sich russische Konzerne in westlichen Ländern. In 2000 hatten die russischen Direktinvestitionen im Ausland 3,2 Milliarden \$ erreicht. Im Dezember desselben Jahres erwarb der Ölkonzern Lukoil das amerikanische Unternehmen Getty Petroleum Marketing Inc. mit 1.260 Tankstellen („Russische Unternehmen auf Expansionskurs ins Ausland“, FAZ 24.12.01). Auch die Kooperation und gegenseitige Verflechtung von russischen und westlichen Konzernen schreitet voran. Allein beim Besuch Putins im Juni 2000 in Berlin wurden „Wirtschaftsvereinbarungen mit einem Investitionsvolumen von über vier Milliarden Mark unterzeichnet“. Bei verschiedenen Projekten kooperiert die russische Gasprom, die der größte Erdgasproduzent der Welt ist und etwa 60 Prozent der weltweiten Erdgasreserven kontrolliert, mit den deutschen Unternehmen Wintershall, Ruhrgas, Ferrostahl und Salzgitter (*Berliner Zeitung* 17.6.2000). An der Gasprom hat sich übrigens 1998 die deutsche Ruhrgas mit fast 1 Mrd. Euro (=4% des Aktienkapitals) beteiligt; seit Juni 2000 ist der stellvertretende Ruhrgas-Vorstandsvorsitzende Bergmann im Aufsichtsrat vertreten (Rufo-Online 30.6.2000, [www.rufo.service.de](http://www.rufo.service.de)). Die strategische Partnerschaft wird also beidseitig mit Substanz versehen.

Nach dem 11.9. erhielt die Zusammenarbeit zwischen NATO und Russland neue Impulse. Mit bin Laden haben Russland und die USA bereits seit mehreren Jahren einen gemeinsamen Feind. Angesichts der Taliban-Unterstützung für Tschetschenien brachten der russische Außenminister und der Verteidigungsminister im Mai 2000 die Option ins Gespräch, Stützpunkte in Afghanistan „präventiv“ zu bombardieren („Präventivschläge‘ gegen Afghanistan?“ FAZ 25.5.2000). Genau das hatten die USA 1998 bereits (vor-)gemacht, als sie das Lager von bin Laden nach den Terroranschlägen auf US-Botschaften in Afrika zerstörten. Anfang August 2001 räsonierte Bushs Sicherheitsberaterin Rice über eine NATO-Mitgliedschaft Russlands („Rice: Nato-Mitgliedschaft Russlands nicht ausgeschlossen“ FAZ 4.8.2001); Bundeskanzler Schröder fand

den Vorschlag sogleich „hochinteressant“ („Schröder: Russland in der Nato möglich“ FAZ 9.8.2001). Bereits 1997 hatte Clinton entsprechende Überlegungen angestellt, und von russischen Regierungsmitgliedern liegen gleichlautende Äußerungen seit Jahren vor (Cremer 1998: 91f). Vor diesem Hintergrund dürfte ein militärischer Nordblock unter Einschluss Russlands gegen den Süden Konturen annehmen. Gemeinsame Militäraktionen und Zusammenarbeit der Geheimdienste zur Terrorismusbekämpfung dürften dabei einen wichtigen Meilenstein darstellen.

Im November 2001 trieb der britische Premierminister Blair die Diskussion mit einem neuen Organisationsvorschlag weiter voran: Danach sollte der NATO-Russland-Rat als 19+1 Gremium in ein 20er Gremium umgewandelt werden. Die NATO-Staaten sollten also nicht vor dem Treffen mit Russland bereits eine gemeinsame Position entwickelt haben, sondern diese gemeinsam mit Russland entwickeln. Die gleiche Idee (damals: 17 statt 16+1) hatte der ehemalige deutsche Außenminister Kinkel schon im September 1996 formuliert, aber sich damit in der NATO nicht durchsetzen können. Der von Blair vorgeschlagene Themenkatalog für das reformierte Gremium umfasste u.a. den „Kampf gegen den Terrorismus, ein gemeinsames Krisenmanagement, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Rüstungskontrolle und ... ein europäisches Abwehrsystem gegen taktische Raketen“ („Nato und Russland streben „qualitativ neue Beziehungen“ an, FAZ 8.12.2001).

#### 4. Krieg gegen den Terror – ohne die NATO?

Da die gegenwärtigen Kriege von den USA und nicht von der NATO geführt werden, entsteht vielfach der Eindruck, die NATO spiele militärisch keine Rolle mehr – und dies, obwohl die NATO nach dem 11.9. das erste Mal in ihrer gesamten Geschichte den Bündnisfall feststellte.

Geschäftsgrundlage für den Bündnisfall laut NATO-Vertrag ist, dass ein bewaffneter Angriff auf ein NATO-Mitglied erfolgt: „Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird.“ Natürlich hatte man 1949, als man diesen Artikel 5 formulierte, an einen staatlichen Akteur gedacht. Übrigens auch 1991 und selbst noch 1999, als die NATO ihre strategischen Konzepte in Rom und Washington verabschiedete. In diesen Dokumenten wird ausdrücklich zwischen „bewaffneten Angriffen“ einerseits und „Risiken“ in Form von „Terror- und Sabotageakten“ andererseits unterschieden. Während im Fall von Angriffen Artikel 5, also der Bündnisfall, greift, sollen bei Terrorakten „Konsultationen nach Artikel 4“ stattfinden. Dieser besteht aus einem einzigen Satz: „Die Parteien werden einander konsultieren, wenn nach Auffassung einer von ihnen die Unversehrtheit des Gebiets, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien

bedroht sind.“ 1999 hat die NATO unzweideutig beschlossen, dass u.a. die Risiken in Form von Terrorakten durch „nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze“ beantwortet werden können. Als derartiger Einsatz wurde z.B. 1999 der Angriffskrieg gegen Jugoslawien bezeichnet.

Vor diesem Hintergrund ist es schon etwas verwunderlich, dass der Bündnisfall in Reaktion auf die Terrorakte vom 11.9. erklärt wurde. Allerdings waren sich die NATO-Staaten auch anfangs nicht einig. Insofern wurde am 12.9. die Einschränkung gemacht, „dass dieser Anschlag, falls festgestellt wird, dass er vom Ausland aus gegen die Vereinigten Staaten verübt wurde, als Handlung im Sinne des Artikel 5 ... angesehen wird“ (Nordatlantikrat 12.9.2001).

Zwar legten die USA auch bei der nächsten Sitzung des Nordatlantikrates keine gerichtsverwertbaren Beweise vor, aber die anderen NATO-Mitglieder waren inzwischen allesamt „überzeugt“ worden, und so konnte NATO-Generalsekretär Robertson am 4.10.01 den Bündnisfall ausrufen. Es ist überflüssig zu erwähnen, dass dieser Beschluss von keiner unabhängigen Instanz noch einmal überprüft werden kann, da es sich bei der NATO ja um keine demokratische Organisation mit Gewaltenteilung inklusive Judikative handelt.

Der Artikel des NATO-Vertrages sieht nun vor,

„dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.“

D.h. die Wahl der Mittel stand jedem einzelnen NATO-Mitglied auch nach Feststellen des Bündnisfalles völlig frei. Das theoretische Spektrum reicht von einem Beileidstelegramm bis hin zu militärischer Hilfe bei der Selbstverteidigung. Wenn sich am 4.10.2001 sämtliche NATO-Staaten für die militärische Komponente entschieden haben, dann leitet sich das also nicht zwingend aus dem NATO-Vertrag ab („Bündnisverpflichtung“), sondern ist als rein politisch motiviert zu erklären.

Im einzelnen wurden folgende militärische Unterstützungsmaßnahmen verabredet: Die USA erhielten gewünschte Überflugrechte für NATO-Territorien sowie Zugang zu Häfen und Flughäfen. Im östlichen Mittelmeer wurden NATO-Kriegsschiffe stationiert (Robertson 4.10.2001). Zur Unterstützung der Überwachung des US-amerikanischen Luftraums wurden in Spitzenzeiten sieben AWACs-Flugzeuge samt 230 Soldaten aus Europa abgezogen (Missfeldt 2002). Hinzukommen die verschiedenen bilateralen Beiträge einzelner NATO-Staaten für den US-Krieg. Allein Deutschland stellte gemäß Bundestagsbeschluss vom November 2001 3.900 Soldaten für verschiedene Operationen zur Verfügung, so dass Bundeswehrsoldaten nunmehr in Kenia, Kuwait, Dschibuti und Afghanistan unterwegs sind.

Dennoch bleibt die Frage, warum die NATO bei dem gegenwärtigen Krieg ins zweite Glied treten musste. Im Gegensatz zu 1991, als beim zweiten Golfkrieg eine Ad-hoc-Militärkoalition unter US-Führung gebildet wurde, wäre die NATO 2001 diesmal technisch fähig gewesen, die Führung zu übernehmen. Dagegen sprachen jedoch folgende Gründe:

**Maximale Breite der Anti-Terrorkoalition:** Die Kriegscoalition konnte bei alleiniger US-Führung breiter angelegt werden. An dem Krieg nehmen nämlich inzwischen 16 Nationen direkt teil, 27 sind im Hauptquartier in Tampa dabei und weitere 66 Nationen leisten diverse Unterstützungsdienste (Wolfowitz 2002). Eine NATO-Führung hätte sofort Eifersüchteleien ausgelöst: Warum hätte das NATO-Mitglied Luxemburg mehr zu sagen als Australien oder Jordanien, die z.Z. signifikante Beiträge zum Krieg leisten?

**Pragmatismus:** Das Eigenverständnis begrenzt die NATO auf den euroatlantischen Raum. Der Krieg gegen den Terrorismus wird jedoch auch in Ostasien (Philippinen, Indonesien) geführt, wo die USA über andere Militärallianzen und entsprechende Stützpunktrechte verfügen. Für die NATO insgesamt hätte es „unnötige“ Komplikationen bedeutet, die Nutzung von Stützpunkten und Häfen für NATO-Truppen auszuhandeln.

**Leichtere Zusammenarbeit mit Nicht-NATO-Verbündeten:** Sie wird, wie im Fall von China, durch diese Konstruktion erleichtert.

**Kein Forum für Widerstände innerhalb der NATO (z.B. aus Frankreich):** So zeitigte die französische Blockade des Einsatzes von NATO-Lufttransportern für Afghanistan im November 2001 keine große Wirkung („Keine humanitäre Hilfe der Nato in Afghanistan“, FAZ 24.11.2001).

## 5. Von der Neuen NATO zur Radikalreformierten NATO?

Der Forderung nach 'radikaler Reform' der NATO liegt die Einschätzung zugrunde, dass die Sicherheitslage nach dem 11.9. völlig neu sei. Auf der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik 2002 verstieg sich US-Senator Lieberman zu der Äußerung: „The Cold War ended with the fall of the Berlin Wall in 1989. The Post-Cold War world ended on September 11th, 2001“ (Lieberman 2002). Die Bezeichnung als „historische Zäsur“ ist weit verbreitet. Dennoch sei die kritische Nachfrage erlaubt, was denn nun eigentlich neu und anders geworden ist. Das Phänomen des Terrorismus, auch islamistisch motiviert, ist schon länger bekannt. Die UNO und auch die NATO beschäftigten sich seit Jahren mit „Terrorismus“ und die Antworten und Verhaltensweisen der westlichen Staaten sind gleichfalls nicht so neu und originell. Die Bedrohung durch den Terrorismus wird in diversen NATO-Dokumenten seit über zehn Jahren gebetsmühlenartig wiederholt.

Worin soll vor diesem Hintergrund die „radikale Reform“ der NATO bestehen? In der „vorbehaltlosen Unterstützung im Kampf gegen den internatio-



nen Terrorismus und gegen Massenvernichtungsmittel“ (*Hamburger Abendblatt* 2.3.2002). Insofern fordern die US-Kritiker überhaupt keine Reform der NATO ein, sondern üben lediglich Druck auf die europäischen NATO-Partner aus, bei dem ein oder anderen Krieg (z.B. gegen den Irak) mitzumachen. So kommt es, dass die verschiedenen Lehren, die aus dem 11. September gezogen werden, Konzepte sind, die man ohnehin schon seit Jahren vorantreibt und nun mit einer aktuellen Begründung versieht. So nannte etwa der italienische Verteidigungsminister Martino auf der Münchener Sicherheitskonferenz sechs derartige Lektionen (Martino 2002):

*Lektion 1:* Terroristische Bedrohungen könnten von überall in der Welt ausgehen. Deswegen müsse man Verteidigung und Sicherheitskonzepte global definieren. Also müsse die NATO ihr Einsatzgebiet global definieren (Neuaufguss der seit elf Jahren gültigen *Out-of-area-Orientierung*). Auch die EU müsse sich stärker nach außerhalb orientieren („more outward-reaching“) – auch das ist ein Jahre alter Hut, wenn man die Vorläuferorganisation WEU als militärischen Arm der EU einbezieht.

*Lektion 2:* Da Terroranschläge ökonomischen Schaden anrichteten, müsse zusätzlich zu der Sicherheit der eigenen Bürger und Institutionen die Weltmarktstabilität („global market stability“) verteidigt werden. D.h. die NATO habe die Aufgabe, die aktuelle Weltwirtschaftsordnung militärisch zu schützen. Auf US-amerikanisch ausgedrückt:

„Damit der Globalismus funktioniert, darf Amerika sich nicht scheuen, als die allmächtige Supermacht zu handeln, die es ist. Die unsichtbare Hand des Marktes wird nie ohne eine unsichtbare Faust funktionieren. McDonald kann nicht ohne den F-15-Konstrukteur McDonnell Douglas florieren. Und die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Welt für Silicon-Valley-Technologien sicher ist, heißt Heer, Luftwaffe, Marine und Marineinfanterie der USA.“ (Thomas Friedman, seinerzeit Berater von US-Außenministerin M. Albright im *New York Times Magazine* vom 28.3.99).

Auch die ökonomie-flankierende Funktion der NATO wird in den NATO-Dokumenten seit Jahren erwähnt.

*Lektion 3:* Die Militäretats müssten noch stärker erhöht werden, als irgendjemand vor dem 11. September gedacht hätte. Darüber dass die Militäretats zu niedrig seien, jammern die NATO-Militärs seit Jahren. Richtig ist, dass die Forderungen nach dem 11.9. immer unbescheidener und gleichzeitig durchsetzbarer werden. Die USA haben bereits angekündigt, ihren Militäretat allein 2002 um 15% aufzustocken. Selbst der Außenminister des NATO-Mitglieds Frankreich hat öffentlich erklärt: „Das hat nichts mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun. Das sind Erhöhungen, die immer von dem berühmten militärisch-industriellen Komplex gefordert werden...“ (Védrine 2002: 115).

Die Folge der dramatischen Erhöhungen wird eine weitere Steigerung des NATO-Marktanteils an den weltweiten Militärausgaben sein, der unter Einbeziehung der in den Vorfeldorganisationen zusammengefassten Staaten schon jetzt bei über 70% liegt. Zum Vergleich: Die „alte“ NATO zeichnete

1985 für „nur“ 48% der weltweiten Militärausgaben verantwortlich. Die Neue NATO hatte diesen Anteil zehn Jahre später um 10 Prozentpunkte auf 58% gesteigert (Zahlen errechnet auf Basis von IISS 1996: 311). Bereits jetzt ist die militärische Dominanz der NATO in der Welt größer denn je.

*Lektion 4:* Man könne es sich nicht länger leisten, politische Vakuen wo auch immer auf der Welt nicht zu füllen. D.h. die westlichen Länder müssten sich überall einmischen. Über die von westlichen Ländern dominierten Organisationen wie Weltbank und Weltwährungsfonds mischt man sich bereits seit Jahrzehnten überall ein, aber – zugegeben – hier mag noch eine Steigerung möglich sein.

*Lektion 5:* Die Angriffe vom 11. September signalisierten das Risiko ernsthafterer und destabilisierender möglicher Zukunftsgefahren: atomar, radiologisch, biologisch und chemisch. Um den Gefahren zu begegnen, bedürfe es eines breiten Präventionskonzeptes, auch mit zivilen Schutzkomponenten. Dass hochentwickelte Industrienationen nun einmal verwundbar sind, ist eine Erkenntnis, die zumindest so alt ist wie das Atomzeitalter, das 1945 begann. Neu ist offenbar nur die veränderte Wahrnehmung der Welt, speziell in den USA. Durch den 11. September ist vielen dort das erste Mal bewusst geworden, dass es kein sicheres, unverwundbares „Homeland“ gibt.

*Lektion 6:* Die zukünftige Entwicklung jedes globalen Sicherheits- und Verteidigungssystems muss auf NATO und EU basieren, nicht nur auf Ad-hoc Koalitionen. Auch die gegenwärtige US-geführte Ad-hoc Koalition „der Willigen“ bedient sich der NATO-Strukturen. Würde die NATO als Organisation nicht weiter die Harmonisierung der Waffensysteme und Kompatibilität der Einsatztruppen vorantreiben, würde es insbesondere für die USA in Zukunft schwerer, verwendbare Hilfstruppen für die diversen Militäroperationen zu erhalten.

In diesem Zusammenhang wird häufig auf die wachsende Kluft in den militärischen Fähigkeiten zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten verwiesen, die ein Problem für die NATO darstelle. Das wachsende *technology gap* hat nach Angela Merkel mit der europäischen „Kleinstaaterei in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen“ (Merkel 2002) zu tun. Rudolf Scharping analysiert die Lage so:

„Wenn es eine europäische Schwäche gibt, ... dann hat sie mit der mangelnden politischen Entschlossenheit der Europäer zu tun, ihre Streitkräfte besser zu harmonisieren, ihre finanziellen Kräfte besser zu poolen und ihre Ausrüstung besser zu standardisieren und auf diese Weise einen effizienteren und ökonomischen Gebrauch von ihren finanziellen Ressourcen zu machen.“ (Scharping 2002)

Zwar gäben die EU-Staaten halb so viel wie die USA fürs Militär aus, erzielten aber „damit lediglich etwa 10% der militärischen Schlagkraft der USA“ (Merkel 2002).

Während die EU-Staaten nach dem Jugoslawien-Krieg vollmundig auf eigenständige europäische Entwicklungen setzten und entsprechende Konzentra-

tionen in der europäischen Rüstungsindustrie forcierten, wird inzwischen etwas kleinlauter die „mangelnde Bereitschaft unserer amerikanischen Freunde“ beklagt, „transatlantische Projekte zu identifizieren, sie gemeinsam zu verwirklichen und den dafür notwendigen Technologietransfer auf der Grundlage gemeinsamer Technologieentwicklung zu organisieren“ (Scharping 2002). Hierin drückt sich die aktuell wieder klar anerkannte Führungsrolle der USA aus. Der Krieg gegen den Terrorismus hat die US-Hegemonie über Westeuropa gefestigt, auch wenn die militärischen europäischen Emanzipationsbestrebungen nicht aufgegeben wurden.

## 6. Resümee

Alles in allem hat der 11.9. als Katalysator für eine Reihe von militärisch-politischen Entwicklungen gewirkt. Das wird auch von nachdenklicheren Beobachtern so gesehen: „Wenn überhaupt, dann hat der 11. September den Lauf der Dinge beschleunigt – allerdings in die Richtung, die sich ohnehin bereits abgezeichnet hatte“ (Peel 2002: 13).

Der 11.9. wird von den Militärs der westlichen Länder als Nachweis für die eigene Existenzberechtigung herangezogen. Die Schaffung bzw. Vermehrung der Angriffskapazitäten der NATO wird gesellschaftlich kaum noch in Frage gestellt. Es wurde eine gigantische Aufrüstungswelle in Gang gesetzt: Die Militäretats werden stark angehoben. Die Bundeswehr konnte sich schon im September über eine 3-prozentige Steigerung freuen – obwohl sich diese gegen die US-Pläne eher bescheiden ausnimmt.

Der Vorsprung der USA auf militärischem Gebiet gegenüber Europa dürfte noch wachsen. Die Pläne für autonome EU-Kriegsführungskapazitäten haben einen Dämpfer erhalten. Es wird noch sechs bis acht Jahre dauern, bis die notwendigen Lufttransportfähigkeiten und die eigenen modernen Militärsatelliten einsatzbereit sind.

Die Einbindung Russlands, das schon länger im NATO-Netzwerk mitarbeitet, macht deutliche Fortschritte, die sich demnächst auch in neuen Strukturen der Zusammenarbeit ausdrücken werden (20er-Rat). Die globale „Nordallianz“, die sich gegen den Süden der Welt richtet, nimmt Formen an.

Nicht profitieren von der Entwicklung kann die UNO, die gegenüber USA und NATO weiter an Boden verliert. Der Afghanistan-Krieg ist nach dem Jugoslawien-Krieg ein weiterer, der ohne UN-Mandat stattfindet. Sowohl auf dem Balkan, als auch in Afghanistan sind Strukturen wirksam, in denen die UNO unter US- bzw. NATO-Kommando Dienst tut.

Deswegen sind die Zukunftsaussichten der NATO eher rosig: Ihren Streitkräften fließen mehr Mittel zu. Sie leidet nicht unter Auftragsmangel, ist sie doch für verschiedene Militäreinsätze auf dem Balkan verantwortlich. Auf absehbare Zeit wird die militärische Koordination zwischen EU und USA in der

NATO stattfinden. Sie ist die Organisation, die für die Kompatibilität der militärischen Einsatztruppen und Waffen sorgt. Aus den Reihen der NATO-Verbündeten werden weitere Länder den Mitgliedsstatus erhalten. Da die EU-Staaten auf absehbare Zeit nicht zu autonomer Kriegsführung in der Lage sind, stellen sie die NATO nicht zur Disposition, sondern definieren sie weiter als Plattform. Auch denjenigen US-Politikern, die die NATO „radikal reformieren“ wollen, geht es nur um mehr Tempo, also den beschleunigten Ausbau der NATO-Angriffskapazitäten und die praktische Anwendung derselben in Kriegen, die die USA in nächster Zeit zu führen gedenken. Ohne qualifizierte Hilfstruppen kommt eine Hegemoniemacht nun einmal nicht aus. Das galt für das alte Rom vor 2000 Jahren genauso wie für die USA heute. Insofern präsentiert sich die NATO zur Zeit putzmunter, sie hat durch den 11.9. einen neuen Schub erhalten.

## Literatur

- Bendrath, Ralf (1997): Die postmoderne NATO, in: *Zivilcourage* Nr.4: 9
- Blackwill, Robert (1999): Führung aus der ersten Reihe, *FAZ* 27.11.
- Cremer, Ulrich (1998): *Neue NATO – neue Kriege?* Hamburg
- Cremer, Ulrich (1999): Der erste Krieg der Neuen NATO, in: Cremer, Ulrich / Lutz, Dieter S. (Hrsg.): *Nach dem Krieg ist vor dem Krieg*, Hamburg: 60-80
- Cremer, Ulrich (2000): Die neue NATO-Strategie, in: Cremer, Ulrich / Lutz, Dieter S. (Hrsg.): *Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung*, Hamburg: 10-15
- Cremer, Ulrich (2000): Militärische Emanzipationsversuche der EU, in: Cremer, Ulrich / Lutz, Dieter S. (Hrsg.): *Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung*, Hamburg: 21-35
- Gowan, Peter (2000): Die Hintergründe des NATO-Krieges in Jugoslawien, in: *Sozialismus* 4: 50
- Haftendorn, Helga (2002): Das Ende der alten NATO, in: *Internationale Politik*, April: 49-54
- IISS: International Institute for Strategic Studies (1996): *The Military Balance 1996/97*, London
- Lieberman, Joseph I (2000): Rede auf 38. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, in: *Stichworte für Sicherheitspolitik* Februar: 19-21
- Merkel, Angelika (2002): Rede auf 38. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, in: *Stichworte für Sicherheitspolitik* Februar: 10-14
- Martino, Antonio (2002): Rede auf 38. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, in: *Stichworte für Sicherheitspolitik* Februar: 21-22
- Missfeldt, Jochen (2002): Wacht über Washington, *FAZ* 9.3.
- Sandler, Todd/Hartley, Keith (1999): *The Political Economy of NATO*, Cambridge
- Peel, Quentin (2002): Skepsis der alten Welt, in: *Internationale Politik*, April 2002: 11-18
- Scharping, Rudolf (2002): Rede auf 38. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, in: *Stichworte für Sicherheitspolitik* Februar: 2-4
- Solomon, Gerald B. (1998): *The NATO Enlargement Debate, 1990-97*, The Washington Papers/174, Westport
- Stuby, Gerhard (2001): Terrorismus und Völkerrecht, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 11: 1330-1341
- Védrine, Hubert (2002): Interview mit „France Inter“ am 6.2.2002, in: *Internationale Politik*, April: 112-115
- Voigt, Karsten D. (2002): Rede im American German Business Club am 12.02.2002 in Frankfurt am Main, in: *Internationale Politik*, April: 115-119
- Wolffowitz, Paul (2002): Rede auf 38. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, in: *Stichworte für Sicherheitspolitik* Februar: 5-9

## UNO-Dokumente

Brahimi-Report zur Reform der Friedenseinsätze der Vereinten Nationen vom 17. August 2000, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 10/2000: 1266-1272

Resolution des UN-Sicherheitsrates 1327 (2000) vom 13.11.2000 zur Reform des Einsatzes von Friedenstruppen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 2/2001: 251-256

## NATO-Dokumente:

Der Nordatlantikvertrag, Washington D.C., 4.4.1949, in: *NATO-Handbuch*, Brüssel 1995: 249-252 bzw. NATO-Homepage

Das Strategische Konzept des Bündnisses, Rom 8.11.1991, in: *NATO-Handbuch*, Brüssel 1995: 253-258

Partnerschaft für den Frieden: Einladung und Rahmendokument 10./11.1.1994, in: *NATO-Handbuch*, Brüssel 1995: 286-289

Arbeitsplan für Dialog, Partnerschaft und Zusammenarbeit 1994/1995, Brüssel 2.12.1994, in: *NATO-Handbuch*, Brüssel 1995: 269-285

Das Strategische Konzept des Bündnisses, Washington 24.4.1999, *NATO-Homepage*

Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs auf dem NATO-Gipfeltreffen am 24.4.1999 in Washington, *NATO-Homepage*

Grundakte NATO-Rußland, in: *Bulletin der Bundesregierung* Nr.43, Bonn 3.6.97: 449-453

Erklärung des Nordatlantikrates vom 12.9.01, [www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussepolitik/friedenspolitik/nato\\_unterbereich/nato\\_erkl\\_usa\\_html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussepolitik/friedenspolitik/nato_unterbereich/nato_erkl_usa_html)

Robertson: Presseerklärung NATO-Generalsekretär Robertson vom 4.10.2001, *NATO-Homepage*



80 Seiten, 7 € + Porto, zu beziehen über:  
Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen  
und Wissenschaftler e.V. (BdWi),  
Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg.  
Tel.: 06421-21395 · Fax: 06421-24654.  
E-Mail: [bdwi@bdwi.de](mailto:bdwi@bdwi.de) · [www.bdwi.de](http://www.bdwi.de)

## Forum Wissenschaft 1/02:

**New War – Kriegspolitik nach Innen und Außen: Geostrategische Interessen • Germans to the front • Feindbild Islam • feministische »Entwicklungshilfe?« • Berufsverbote • Was ist »Internationaler Terrorismus?« u.v.m.**

Mit Beiträgen von Mohssen Massarat, Carmen Ludwig, Rolf Gössner, Daniela Marx, Werner Ruf, Stefanie Gräfe, Gerhard Piper, Martina Koelschitzky, Jürgen Rose und Johannes M. Becker

Im Juli erscheint Heft 3/02 mit dem Schwerpunkt »Sie haben die Wahl!«, mit Beiträgen zu: Politikkonzepte und Herrschaftsmodelle; Handlungsräume für linke Politik; Wirtschaftskonjunktur und Wahlen u.a.